

Jürgen Weber – Würzb. Liste / Freie Wähler

Stellungnahme *) zur Veranstaltung des Sozialpolitischen Forums Würzburg
„Für eine menschliche Sozialpolitik“ – 10.9.2013 – Felix Fechenbach Haus

Angaben zur Person und zur politischen Funktion

Alt-Oberbürgermeister von Würzburg

Fraktionsvorsitzender Würzburger Liste im Stadtrat Würzburg

Kandidat der Freien Wähler für die Landtagswahl



Themenfeld Wohnungsmangel

Die Bevölkerung in Würzburg wird nach den Prognosen die nächsten 15 Jahre weiter wachsen. Der Wohnungsmangel ist bereits jetzt akut. Kleine und mittlere bezahlbare Wohnungen fehlen (wie z.B. für allein erziehende, arbeitslose, strafentlassene, behinderte, alte Menschen). Wir vom Sozialpolitischen Forum meinen, dass diese Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Frage 1) Welche Lösungen sieht Ihre Partei auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene?

Für Wohnungssuchende, die besondere Fürsorge bedürfen, gibt es oft keinen Zugang zum allgemeinen Wohnungsmarkt. Dieser Personenkreis bedarf der besonderen Fürsorge, die meiner Auffassung nach nur dadurch gerecht ist, dass die öffentliche Hand, in erster Linie die Kommunen, sogenannte Belegungsrechte erwirkt und gegenüber dem Vermieter eine gewisse Betreuung als auch den Mietpreis garantiert.

Mit Neubauten im Wohnungsbereich ist dies nicht vorrangig zu erreichen, sondern es sind für diesen Personenkreis insbesondere jetzt noch günstige Wohnungen zu sichern, die besonders von der Stadtbau als auch dem genossenschaftlichen Wohnungsbereich zur Verfügung gestellt werden.

Das Wohngeld muss so angepasst werden, dass nur ein bestimmter Prozentsatz des verfügbaren Einkommens für die Wohnung gebraucht wird.

Frage 2) Wie werden Sie sich in Ihrer politischen Arbeit für die Linderung der Wohnungsnot einsetzen?

In Würzburg kann von einer allgemeinen Wohnungsnot nicht gesprochen werden. Neubauten, die auch in Zukunft notwendig sind, schaffen keinen Zugang für den von Ihnen angesprochenen Personenkreis. Ich werde mich für neue Zugangsformen zum Wohnungsmarkt für Hilfebedürftige einsetzen.

*) Die Vertreter/innen der Parteien wurden vom Sozialpolitischen Forum gebeten, sechs Fragen aus drei Themenfeldern zu beantworten. Die Stellungnahme wird auf www.agfw-wuerzburg.de veröffentlicht.

Themenfeld Pflegenotstand

Der Pflegenotstand zeigt bereits seine massiven Auswirkungen. Es gibt z. B. derzeit Einrichtungen in Würzburg, Schweinfurt und anderswo, die keine Bewohner mehr aufnehmen können, weil Ihnen das Pflegepersonal fehlt. Ein erheblicher Teil der Arbeitszeit wird inzwischen für die Dokumentation aufgewandt, anstelle für den direkten Kontakt mit den alten oder pflegebedürftigen Menschen. Wir vom Sozialpolitischen Forum fordern „Mehr Zeit für die Pflege“ und bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte.

Frage 3) Was tun Sie, was tut Ihre Partei dafür, den Pflegenotstand und seine Ursachen zu überwinden?

Der Pflegenotstand ist wesentlich dadurch begründet, dass die Schwere der Arbeit nicht durch angemessene Bezüge honoriert wird. Wir benötigen einen stärkeren finanziellen Anreiz, um Pflegekräfte für diesen verantwortungsvollen Beruf zu interessieren.

Frage 4) „Mehr Zeit für die Pflege!“ – unterstützen Sie dieses Ziel, und für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret engagieren?

Eine Entbürokratisierung der Pflege ist dringend geboten. Die Zuwendung zum zu Pflegenden muss im Vordergrund stehen und nicht in erster Linie die Kontrolle und deren Kosten. Die Kosten der Pflege werden weiterhin steigen müssen und die Spoloidarität der Leistungsfähigen ist gefragt.

Themenfeld Freie Wohlfahrtspflege und Teilhabe an der Gesellschaft

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verstehen sich als Fürsprecher der Menschen, die hier kaum eine Lobby haben. Sie helfen ihnen, Unterstützung zu bekommen und eigene Kräfte zu entwickeln. Wo die Freie Wohlfahrtspflege staatliche Aufgaben übernimmt, sollte sie ihre Leistungen von den Kostenträgern erstattet bekommen, was aber oft nur unzureichend erfolgt. Wir vom Sozialpolitischen Forum wenden uns gegen Ausgrenzung und fordern, dass alle Menschen – egal ob gesund oder krank, behindert oder nicht behindert, mit oder ohne Migrationshintergrund, alt oder jung, pflegebedürftig oder selbständig usw. – gemeinsam an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Frage 5) Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen öffentlicher Hand und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege?

Ich arbeite seit ca. 30 Jahren als stellvertretender Kreisvorsitzender des Roten Kreuzes und kenne das Spannungsverhältnis zwischen der öffentlichen Hand und den freien Trägern. Es wird immer Grenzen der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben geben, soweit finanzielle Mittel die Grenzen verschieben können, müssen die freien Träger im Sinne der Subsidiarität in die Lage versetzt werden, den Dienst am Menschen zu leisten.

Frage 6) Wie tragen Sie in Ihrer politischen Arbeit dafür bei, dass Bevölkerungsgruppen mit Hilfebedarf nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?

Jede politische Arbeit ist darauf ausgerichtet, Solidarität zu üben zwischen Stärkeren und Hilfebedürftigen.